

Resümee

Der Wiener Gleichstellungsmonitor stellt die Ausgangsbasis für eine fortlaufende Beobachtung der Gleichstellung von Frauen und Männern dar, um daraus Ansatzpunkte zur Erreichung dieser Gleichstellung abzuleiten. Im Zentrum des Monitors stehen ausgewählte Gleichstellungsdimensionen, in denen Frauen benachteiligt sind. Mit den 12 dargestellten Themen wird Gleichstellung weit gefasst und es werden sowohl „traditionelle“ Gleichstellungsbereiche, wie z.B. bezahlte und unbezahlte Arbeit, Bildung oder politische Partizipation abgebildet, wie auch „neue“ Bereiche, wie z.B. Freizeit, Umwelt oder öffentlicher Raum, aufgenommen. Eine weitere Besonderheit des Monitors ist die Berücksichtigung einer Vielzahl von unterschiedlichen Datengrundlagen. Durch Einbeziehung von Administrativdaten können Dateneinschränkungen von amtlichen Statistiken und anderen Primärerhebungen abgefedert werden.

Die Auswahl der dargestellten Indikatoren erfolgte entsprechend vorab definierter Gleichstellungsziele. In die Entwicklung der Indikatoren wurden Fachexpertinnen und Fachexperten, theoretische Konzepte und empirische Ergebnisse aus dem Gleichstellungsdiskurs einbezogen. Auch wenn die Indikatorenentwicklung mit dem vorliegenden Monitor vorerst abgeschlossen ist, ist dies als Teilschritt in einem iterativen Prozess zu sehen, der mit den zukünftigen Monitoren weitergehen wird. Dies betrifft vor allem jene Themenbereiche, die im Gleichstellungsdiskurs bislang kaum thematisiert wurden, wie z.B. Freizeit und Sport, Kunst und Medien, Wohnen und öffentlicher Raum sowie Umwelt und Mobilität.

Die durch den Gleichstellungsmonitor abgedeckten Themen sind nicht als abgegrenzte Handlungsfelder zu verstehen, sondern sind eng miteinander verknüpft. Durch eine mehrdimensionale Betrachtung von Gleichstellung über Repräsentation (Zugangsmöglichkeiten bzw. Betroffenheit), Ressourcen (Verteilung von Geld-, Zeit-, Raum- und Bildungsressourcen) und Realitäten (Ursachen von Benachteiligungen) werden die komplexen Querverbindungen zwischen den 12 Themen deutlich. Beispielsweise beeinflusst die unterschiedliche Erwerbsintegration von Frauen und Männern die Finanzressourcen und damit die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe (z.B. Freizeitaktivitäten, Wohnen oder Mobilität) und ist selbst stark von Betreuungspflichten geprägt. Zum Teil bestehen indirekte Zusammenhänge bzw. werden sich Veränderungen erst mittel- bis langfristig zeigen. Dies betrifft beispielsweise die Reduktion von Einkommensunterschieden infolge eines Abbaus der beruflichen Segregation oder Veränderungen im Wohnbau durch die stärkere Verankerung von Gender-Kompetenz in der Aus- und Weiterbildung von Architektinnen und Architekten.

Frauen und Männer in Wien

Mit den Indikatoren über Geschlechterverhältnisse und Lebensformen in Wien werden Kontextinformationen über Wienerinnen und Wiener dargestellt, die als Bezugsgröße für weitere Indikatoren dienen. Diese Indikatoren weisen darauf hin, dass Wien aufgrund seines urbanen Charakters spezifische Rahmenbedingungen für Gleichstellung aufweist. Diese zeigen sich beispielsweise in der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen oder auch in dem großen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Zum anderen werden nicht nur Unterschiede zwischen Frauen und Männern deutlich, sondern auch Differenzen innerhalb der Gruppen von Frauen bzw. Männern. Die Vielfalt unterschiedlicher Lebenssituationen und Lebensformen wird insbesondere in den Haushalts- und Familienkonstellationen sichtbar: Nur rund ein Viertel der

WienerInnen lebt in klassischen Kernfamilien mit Mutter, Vater und Kindern, während hingegen knapp die Hälfte allein in einem Haushalt lebt. Zudem besteht ein nennenswerter Anteil von Ein-Eltern-Familien oder auch Patchworkfamilien.

Für die Indikatorenentwicklung in den weiteren Themen ist zum einen relevant, dass eine geschlechtergerechte Verteilung beim Zugang zu spezifischen Lebensbereichen und Ressourcen nur zum Teil einer Gleichverteilung von Frauen und Männern im Sinne einer 50%-Quote entspricht. In den unterschiedlichen Definitionen der Wiener Bevölkerung sind Frauen und Männer nicht gleich verteilt, sondern dominieren entweder Frauen, insbesondere in den höheren Alterskategorien der Wohnbevölkerung oder Männer, z.B. bei den erwerbstätigen Personen in Wien. Welche Bezugsgröße gewählt wird, ist abhängig vom Thema: Für die meisten Themen (insbesondere Freizeit, Sport, Umwelt, Mobilität, Öffentlicher Raum, Gesundheit, Gewalt) stellt die Wiener Wohnbevölkerung die relevante Bezugsgröße dar, gegebenenfalls mit spezifischen Abgrenzungen (beispielsweise nach Alter und StaatsbürgerInnenschaft bei politischer Partizipation). Teilweise sind nicht nur Personen, die in Wien wohnen einzubeziehen, sondern auch Personen, die zur Arbeit oder Aus- bzw. Weiterbildung nach Wien einpendeln. Für Themen im Kontext der Erwerbstätigkeit (Bezahlte Arbeit, Einkommen) gilt hingegen die Erwerbsbevölkerung als Bezugsgröße. Bei anderen Themen, wie Armut und soziale Sicherheit oder Wohnen, sind hingegen nicht Einzelpersonen relevant, sondern Haushalte in ihren unterschiedlichen Konstellationen.

Aus den Kontextindikatoren können spezifische Zielgruppen für Gleichstellung abgeleitet werden, wie nicht erwerbstätige Frauen, gering qualifizierte Frauen, ältere Frauen, Frauen mit Migrationshintergrund, Alleinerzieherinnen oder Frauen mit mehr als zwei Kindern, auf die innerhalb der einzelnen Themen näher eingegangen wird. Darüber hinaus wären noch weitere Differenzierungen interessant, wie beispielsweise Frauen in lesbischen Beziehungen, Frauen mit Behinderungen oder Personen in Anstaltshaushalten, für die jedoch kaum repräsentative Daten vorliegen. Auch können Veränderungen über den Lebensverlauf derzeit nicht im Monitor abgebildet werden.

Politische Partizipation

Im Rahmen des Gleichstellungsmonitors wird politische Partizipation breit gefasst, wobei neben der Vertretung von Frauen in politischen Funktionen auch Interessensvertretungen und politisches Engagement einbezogen werden. Frauen sind in politischen Funktionen im Vergleich zur Wohnbevölkerung unterrepräsentiert, trotz der zunehmend stärkeren Berücksichtigung von Frauen auf Wahllisten. In Gemeinderatsausschüssen sind Frauen und Männer in unterschiedliche Themen involviert, so sind Frauen z.B. in Integrations- und Frauenfragen, im Bereich Gesundheit und in den Bereichen Kunst und Wissenschaft überdurchschnittlich vertreten. Bei gesetzlichen Interessensvertretungen zeigt sich ein ambivalentes Bild – nur drei von elf Interessensvertretungen weisen ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis in Leitungsfunktionen auf, in allen anderen sind Frauen unterrepräsentiert. Die Beteiligung von Mädchen und Frauen in schulischen und beruflichen Jugendvertretungen zeigt mit Ausnahme der Studierendenvertretung ein ähnliches Bild, da nur in der HochschülerInnenschaft Frauen entsprechend ihres Anteils an der Grundgesamtheit vertreten sind. Die Präsenz von Frauen in unterschiedlichen Bereichen spiegelt auch konkrete politische Zielsetzungen der Frauenförderung (z.B. das Vorhandensein einer Quotenregelung) wider. Dieses Ergebnis zeigt sich auch in anderen Bereichen, wo Quotenregelungen zu einer höheren Beteiligung von Frauen in Entscheidungsfunktionen führen (z.B. an Universitäten) oder aber Frauen gezielt einbezogen werden – z.B. in Jurys im

Bereich der Kunst oder des Wohnbaus. Auf der anderen Seite bleiben Frauen in Leitungsfunktionen nach wie vor unterrepräsentiert, wie z.B. in Krankenhäusern, in Bildungsinstitutionen (mit Ausnahme der Universitäten) oder in Medienbetrieben.

Männer sind stärker in politischen Parteien oder NGOs organisiert als Frauen, wobei Frauen nicht generell weniger interessiert sind, ihr Interesse wird aber öfter nicht in Form von konkreten Beteiligungen realisiert. Dies schlägt sich auch in der Partizipation von Frauen in nicht politischen Entscheidungsfunktionen nieder, wie z.B. in Freizeitvereinen.

Eine Konsequenz der Unterrepräsentanz von Frauen in Entscheidungsgremien ist, dass ihre Interessen und Lebensrealitäten bei der Entscheidungsfindung unzureichend berücksichtigt werden. Die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen ist dabei ein grober Hinweis auf die Einbeziehung von Gender-Kompetenz bzw. Gender-Kriterien in Entscheidungsprozesse. Es gibt derzeit jedoch weder eine praktikable Operationalisierung von Gender-Kompetenz, die als Grundlage für die Indikatorenentwicklung herangezogen werden könnte, noch eine standardisierte Erfassung von Gender-Trainings oder ähnlichem.

Aus- und Weiterbildung

Bildung ist eine zentrale Ressource für eine selbstbestimmte Lebensführung, deren Einfluss nicht auf die Erwerbschancen beschränkt ist, sondern auch in andere Bereiche hineinwirkt, wie z.B. in die Gesundheitskompetenz. Frauen sind im Zugang zu Bildung nicht benachteiligt, sie bleiben aber auf spezifische Bereiche konzentriert. Mit dieser Segregation der Bildungs- und Berufswahl sind Einschränkungen in Hinblick auf Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen verbunden. Frauen sind beim Berufseinstieg im Vergleich zu Männern stärker mit Problemen konfrontiert, eine ausbildungsadäquate Beschäftigung zu finden.

Trotz der hohen Bildungspartizipation von Frauen besteht eine Risikogruppe von gering qualifizierten Frauen, die nicht auf die Gruppe älterer Frauen beschränkt ist. Diese Gruppe ist in besonderem Maß von Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung bedroht. So sind gering qualifizierte Frauen deutlich stärker als Männer mit vergleichbarer Qualifikation auf den Niedriglohnbereich angewiesen.

Die Beteiligung an lebensbegleitendem Lernen ist Voraussetzung, um die erworbenen Bildungsressourcen zu erhalten. Frauen und Männer sind insgesamt in gleichem Maß in Weiterbildungen vertreten, obwohl Frauen überwiegend in den weiterbildungsintensiveren Branchen tätig sind. Für Frauen in Karenz oder Teilzeit bestehen Zugangsbarrieren zu betrieblicher Weiterbildung, die oft durch die Teilnahme an geförderter Weiterbildung bzw. Weiterbildung in der Freizeit kompensiert werden.

Der Bildungsbereich als Beschäftigungssegment ist weiblich dominiert, was auch eine Ursache für die Stabilität der geschlechtsspezifischen Segregation am Arbeitsmarkt ist. Frauen sind jedoch in Leitungsfunktionen nach wie vor unterrepräsentiert. Deutliche Veränderungen haben sich diesbezüglich an Universitäten mit der Einführung der Quotenregelung für universitäre Gremien ergeben.

Bezahlte und unbezahlte Arbeit

Bezahlte Arbeit ist vor allem über das Einkommen mit vielen anderen Themenbereichen verknüpft, indem es die Zugangschancen für viele Bereiche, wie Wohnen, Mobilität, Freizeit, Kultur, Sport, Bildung und Gesundheit, bestimmt. Um den Lebensrealitäten von Frauen und Männern gerecht zu werden, kann aber Erwerbsarbeit nicht unabhängig von Reproduktionsarbeit gesehen werden, d.h., die Verschränkung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist zu berücksichtigen. Unbezahlte Arbeit wirkt sich auf die zeitliche Verfügbarkeit für Erwerbsarbeit aus, und umgekehrt beeinflusst die Erwerbsbeteiligung die Nachfrage nach Dienstleistungsangeboten im Betreuungs- und Pflegebereich.

Frauen verbringen mehr Zeit mit Arbeit als Männer und weisen damit weniger Freizeit auf, wobei sie mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit unbezahlt für Familie und Haushalt verwenden. Reproduktionsarbeiten betreffen zwar im verstärkten Ausmaß Frauen mit Kindern, die Verantwortung für Familienaufgaben wird aber durch die Berufswahl von jungen Frauen teilweise schon vorweggenommen, wodurch die immer noch geltenden traditionellen Rollenbilder in der Gesellschaft verstärkt werden und eingespielte Arbeitsteilungsmuster in PartnerInnenschaften auch noch nach der sogenannten Familienphase nachwirken. Dies kann zum Teil durch das vergleichsweise gut ausgebaute Angebot an Betreuungsangeboten für Vorschul- und Schulkinder in Wien kompensiert werden. Betreuungsaufgaben von pflegebedürftigen Angehörigen können ebenfalls einschränkend auf eine Erwerbstätigkeit von Frauen wirken.

Eine Konsequenz der verstärkten Übernahme von Reproduktionsarbeiten durch Frauen ist eine begrenzte Integration in das Erwerbsleben, die im Monitor über Indikatoren zu Arbeitszeit, atypischer Beschäftigung und Segregation aufgenommen wird. Diese begrenzte Integration von Frauen in das Erwerbsleben ist hinsichtlich der Zeit- und Geldressourcen unterschiedlich zu beurteilen. Karenzierungen, flexible Arbeitszeiten und Teilzeitbeschäftigungen stellen Möglichkeiten dar, um Beruf und Familie bzw. andere außerberufliche Tätigkeiten vereinbaren zu können. Bei begrenzten Zeitressourcen bieten Teilzeitbeschäftigungen eine Möglichkeit, um überhaupt erwerbstätig zu sein bzw. zusätzliche Lebensqualität zu schaffen. Berufsunterbrechungen oder Teilzeitbeschäftigungen vermindern andererseits aber auch die Chancen auf eine weitgehende eigenständige Existenzsicherung, schränken Aufstiegschancen erheblich ein und fördern die Konzentration auf schlecht bewertete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Freizeit und Sport

Frauen haben insgesamt weniger Freizeit als Männer, was sich aus der höheren Gesamtbelastung durch bezahlte und unbezahlte Arbeit ergibt. Frauen und Männer verwenden ihre Freizeit auch anders, indem Frauen beispielsweise weniger Zeit für Sport aufwenden und auch andere Sportarten wählen. Frauen haben im Durchschnitt weniger Ausgaben für Freizeit, Sport und Hobby als Männer, wobei hier auf Haushaltsdaten zurückgegriffen wird, d.h., nur alleinlebende Personen berücksichtigt werden. Bei Paarhaushalten oder Haushalten mit Kindern kann nicht zwischen den Ausgaben für Frauen und andere Familienmitglieder differenziert werden.

Die erwähnten Unterschiede in der Verwendung von Freizeit sind aus einer Gleichstellungsperspektive per se nicht problematisch, solange diese nicht durch unterschiedliche Verwirklichungsmöglichkeiten begründet sind und nicht mit einer unterschiedlichen Förderung durch die öffentliche Hand einhergehen. In Hinblick auf die Verwendung öffentlicher Mittel bestehen hier aber zum Teil gravierende Datenlücken, was die Erfassung der Kategorie Geschlecht betrifft. So

wird derzeit beispielsweise bei Vereinsförderungen nicht standardisiert erfasst, welche Inhalte gefördert werden bzw. wie sich die Mitgliederstruktur nach Geschlecht darstellt. Auch gibt es kaum Informationen darüber, inwieweit bei der Schaffung von Infrastruktur Gender-Kriterien berücksichtigt werden.

Kunst und Medien

Die Wahrnehmung von Frauen hinsichtlich der Rollenerwartungen und Werthaltungen wird wesentlich durch die Darstellung von Frauen in der Kunst und in den Medien geprägt. Die Dimension einer nicht sexistischen oder von traditionellen Rollenbildern geprägten Darstellung von Frauen ist nicht im Rahmen von Indikatoren abbildbar. Daher wird im Gleichstellungsmonitor der Fokus auf den Einfluss von Frauen auf die Produktionsbedingungen von Kunst und Medien gelegt. Kunst und Medien sind akademische Berufsfelder, die in der Ausbildung weiblich dominiert sind. Die Beschäftigungssituation im Bereich Kunst und Medien ist trotz des hohen Qualifikationsniveaus insbesondere für BerufseinsteigerInnen durch prekäre Beschäftigung, wie z.B. niedriges Einkommensniveau (Kunst) und neue Formen der Selbständigkeit (Medien) charakterisiert. Trotz des hohen Frauenanteils in der Ausbildung sind im Berufsfeld selbst Frauen mit etwas über 40% deutlich unterrepräsentiert und noch seltener in Leitungsfunktionen vertreten. Im Bereich der Kunst haben Frauen aber verstärkt Einzug in Entscheidungsgremien, wie z.B. Jurys, gefunden.

Einkommen

Das Einkommen stellt eine zentrale Ressource für Unabhängigkeit und gesellschaftliche Partizipation dar und beeinflusst damit ganz erheblich die Zugangschancen zu unterschiedlichen Lebensbereichen. Große Überschneidungen bestehen hierbei zum Bereich Armut und soziale Sicherheit. Aber auch andere Bereiche, wie Gesundheit, Gewalt oder Bildung, sind von der Einkommenssituation geprägt. Nachdem in vielen Befragungen Einkommensdaten fehlen bzw. diese starke Verzerrungen aufweisen, können oftmals keine direkten Bezüge zum Einkommen hergestellt werden. Differenzierungen nach Bildung, Leistbarkeit von Ausgaben oder auch Migrationshintergrund machen aber indirekt ebenfalls den Einfluss von Finanzressourcen sichtbar. Innerhalb der Ressourcen nehmen Finanzressourcen eine zentrale Rolle ein, da durch den Zukauf von Dienstleistungen Zeitressourcen gewonnen oder auch Raumressourcen verbessert werden können.

Einkommen ist im Gleichstellungsmonitor grundsätzlich auf Erwerbseinkommen konzentriert. Finanzressourcen werden mangels valider Daten über Vermögen und Vermögenseinkommen nur partiell über das Erwerbseinkommen erfasst und stehen im engen Bezug zur Erwerbsarbeit. Infolge der begrenzten Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt – durch Beschäftigungslücken und/oder Teilzeitbeschäftigung – verfügen Frauen in allen Beschäftigungskategorien (selbständig und unselbständig Erwerbstätige, atypische Beschäftigung) wie auch in der Pension über deutlich geringere Einkommen. Nach wie vor spielt die Umverteilung innerhalb von Haushalten eine wichtige Rolle für den Lebensstandard von Frauen, wenngleich damit aufgrund der hohen Scheidungsraten immer seltener eine lebenslange Absicherung verbunden ist.

Erwerbseinkommen sind aber auch Ausdruck von Arbeitsbewertung und damit von unterschiedlichen Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt. Mit arbeitszeitbereinigten Einkommensunterschieden werden Einflussfaktoren durch Bildung, Alter, Berufserfahrung und

Berufe abgebildet. Diesbezügliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern können aber den Gender Pay Gap nicht vollständig erklären bzw. sind auch die erklärenden Einflussfaktoren selbst nicht frei von strukturellen Benachteiligungen. Unterschiede in Kollektivverträgen für frauentypische und männertypische Berufe verweisen ebenfalls darauf, dass die Arbeitsbewertung durch Geschlechterverhältnisse mitbestimmt wird, d.h., dass die Vorstellung des Mannes als Hauptverdiener und der Frau als Zuverdienerin fortwirkt.

Armut und soziale Sicherheit

Das Thema Armut und soziale Sicherheit fokussiert den existenzsichernden Lebensstandard von Haushalten. Damit werden eingeschränkte finanzielle Zugangsmöglichkeiten für unterschiedliche Bereiche, wie Bildung, Freizeit, Wohnen oder Mobilität, thematisiert. Die Betroffenheit von Armut ist von Haushaltskonstellationen und Haushaltseinkommen abhängig und kann Unterschiede zwischen Frauen und Männern nur bei alleinlebenden Personen, bei Ein-Eltern-Haushalten sowie über das Geschlecht der Hauptverdienenden abbilden. Die große Armutsbetroffenheit von Haushalten mit einer Hauptverdienerin verweist auf die Kumulation von Armutsrisiken durch die begrenzte Erwerbsintegration von Frauen und die Konzentration von Frauen in Niedriglohnbeschäftigung wie auch auf das erhöhte Armutsrisiko von Alleinerzieherinnen. Armutsdefinitionen, die auch Ausgabeneinschränkungen und die Erwerbsintensität einbeziehen, verweisen auf noch größere Geschlechterunterschiede bei der Betroffenheit von Armut.

Bei den Sozialleistungen werden Maßnahmen der Existenzsicherung (Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Ausgleichszulagen für PensionsbezieherInnen), der Wohnungssicherung (Wohnbeihilfe), der Arbeitsmarktpolitik (Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Förderungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik), der Familienpolitik (KarenzgeldbezieherInnen) sowie der Pflegesicherung (Pflegegeld) dargestellt, die neben der Armutsbekämpfung unterschiedliche familien-, beschäftigungs- oder bildungspolitische Zielsetzungen verfolgen. Der Anspruch auf bzw. der Bezug von Sozialleistungen ist daher vielfach vom Haushaltseinkommen abhängig, wodurch bestehende Abhängigkeiten verstärkt werden können. Offensichtlich ist dies bei Leistungen, die an Haushalte adressiert sind (wie z.B. Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Wohnbeihilfe, Ausgleichszulagen für PensionsbezieherInnen). Aber auch bei der Notstandshilfe für Arbeitslose wird das Einkommen der Partnerin bzw. des Partners berücksichtigt.

Wohnen und öffentlicher Raum

Die Wohnqualität soll einerseits Bedürfnisse nach Lebensqualität und Sicherheit, andererseits funktionale Aspekte für alltagsgerechtes Wohnen innerhalb der Wohnung, der Wohnanlage und auch der Wohnumgebung erfüllen. Frauen und Männer weisen aufgrund ihrer sozialen Rollenzuweisungen unterschiedliche Bedürfnisse auf, da Unterstützungsfunktionen für Haus- und Familienarbeit nach wie vor überwiegend für Frauen eine große Rolle spielen. Über Mobilitätsanforderungen wird nicht nur das Mobilitätsverhalten bestimmt, sondern werden auch Zeitressourcen und damit die Verfügbarkeit für Erwerbsarbeit, Bildung oder Freizeit beeinflusst.

Wohnbedürfnisse und Wohnverhältnisse sind wesentlich durch Haushaltskonstellationen bestimmt. Geschlechterunterschiede werden dabei durch andere Einflussfaktoren, wie Haushaltsgröße, Haushaltseinkommen, Migrationshintergrund etc., überlagert. Indikatoren zu Wohnverhältnissen, Wohnausstattung, prekären Wohnformen, Wohnzufriedenheit und der Nutzung des öffentlichen Raums werden daher auch in Hinblick auf Haushaltskonstellationen dargestellt.

Erhöhte Armutsrisiken gehen mit ungünstigen oder prekären Wohnverhältnissen einher. Dementsprechend werden Wohnkosten in Relation zu den verfügbaren Einkommen dargestellt. Frauen müssen aufgrund ihrer geringeren Durchschnittseinkommen einen höheren Anteil ihres Einkommens für Wohnen aufwenden, was sich durch die massiven Kostensteigerungen der letzten Jahre noch verstärkt hat. Mit dem Vergleich des Frauenanteils zwischen Beratungen für Wohnungslose und NutzerInnen von Dauer- oder Übergangswohnungen wird offensichtlich, dass die Betroffenheit durch Wohnungslosigkeit von Frauen deutlich höher ist als ihr Anteil bei den registrierten Wohnungslosen.

Die Nutzung des öffentlichen Raums wird wesentlich durch das Sicherheitsempfinden sowie die bedürfnisgerechte Gestaltung von Grünanlagen, Plätzen oder Straßen bestimmt. Für die bedürfnisgerechte Gestaltung gibt es kaum aussagekräftige Daten. Im Monitor wird daher neben dem Sicherheitsempfinden sowie der Nutzung von Parks und außerschulischer Jugendarbeit die Beteiligung von Frauen in der Wohn- und Städteplanung dargestellt. Mit der Partizipation von Frauen in Entscheidungsgremien des Wohn- und Städtebaus soll die alltags- und frauengerechte Gestaltung im Wohn- und Städtebau gefördert werden.

Umwelt und Mobilität

Das Kapitel Umwelt und Mobilität stellt Geschlechterunterschiede im Umweltbewusstsein, die Frauenpartizipation im Umweltsektor und geschlechtsspezifisches Mobilitätsverhalten als einen Anwendungsbereich von Umweltverhalten dar. Frauen bilden ein wichtiges Potenzial für Umweltpolitik, da Frauen, insbesondere Mütter, ein erhöhtes Umweltbewusstsein aufweisen. Trotz der höheren Sensibilität für Umweltfragen sind Frauen in qualifizierten Beschäftigungsbereichen des Umweltsektors unterrepräsentiert. Green Jobs weisen sowohl als Bildungs- wie auch als Beschäftigungssektor geschlechtertypische Segregationsformen auf, indem beispielsweise Frauen die Mehrheit in umweltpädagogischen Ausbildungen stellen, aber in technischen Bildungs- und Berufsbereichen des Umweltsektors unterrepräsentiert sind. Frauen nutzen auch häufiger ressourcensparende öffentliche Verkehrsmittel als Männer, die insbesondere für Arbeitswege stärker Privatautos verwenden. Das Fahrrad oder Carsharing, als andere Varianten ressourcenschonender Mobilität, wird hingegen stärker von Männern genutzt.

Das Mobilitätsverhalten ist aber nicht nur Ausdruck von Umweltbewusstsein, sondern auch von Mobilitätsanforderungen oder Mobilitätschancen für Arbeit oder Bildung. Das Verkehrsverhalten von Menschen mit Betreuungspflichten ist in den Erhebungen zur Verkehrsmittelwahl unterbelichtet, was nicht nur als Lücke für den Gleichstellungsmonitor gilt, sondern insgesamt für die Verkehrsmittelplanung und damit für eine adäquate Berücksichtigung dieser Gruppe in der Verkehrsplanung.

Gewalt

Das Kapitel Gewalt stellt die geschlechtsspezifische Betroffenheit von Gewalt und entsprechende behördliche und opferstärkende Maßnahmen und Angebote in den Mittelpunkt. Frauen und Männer sind von unterschiedlichen Formen und in unterschiedlichen Kontexten von Gewalt betroffen. Frauen sind insbesondere im sozialen Nahraum Gewalt ausgesetzt, d.h., in der Familie und durch bekannte Personen im privaten oder beruflichen Umfeld. Besonders häufig handelt es sich beim Täter um den (Ex-)Partner. Gewalt im sozialen Nahraum ist stark durch vorherrschende heteronormative Machtverhältnisse geprägt, mit denen Abhängigkeiten von Gewaltop-

fern einhergehen. Aus diesem Grund sind Frauen in ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen, mit unsicherem Aufenthaltsstatus sowie behinderte und pflegebedürftige Frauen besonderen Gewaltrisiken ausgesetzt. Diese werden dadurch verstärkt, dass Gewalt im sozialen Nahraum oft nicht angezeigt wird und damit unsichtbar bleibt. Es gilt also, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Gewaltopfern ermöglichen, Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen. In diesem Kontext werden einerseits Frauenhäuser und weitere Opferschutzeinrichtungen angesprochen, die sowohl Unterstützung im Krisenfall als auch bei der Entwicklung von langfristigen Lösungsszenarien für ein gewaltfreies Leben bieten. Andererseits werden Wegweisungen und Betretungsverbote thematisiert, die den Bedarf an Unterstützungsstrukturen für Gewaltbetroffene unterstreichen.

Gesundheit

Das Kapitel Gesundheit fokussiert auf die Gesundheitskompetenz von Frauen und Männern, spezifische Aspekte der Frauengesundheit (Essstörungen und Reproduktion) sowie die geschlechtsspezifische Segregation im Gesundheitswesen. Frauen rauchen seltener als Männer und haben seltener einen problematischen Alkoholkonsum, allerdings betreiben sie auch seltener Sport. Obwohl sie häufiger als Männer Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen, schätzen sie im Vergleich zu Männern ihre Gesundheitskompetenz öfter als mangelnd oder problematisch ein.

Essstörungen werden als ein Beispiel für Erkrankungen thematisiert, die überwiegend Mädchen und Frauen betreffen. Bereits unter Schülerinnen und Schülern orientieren sich Mädchen stärker als Buben an gängigen Körperbildern und Schönheitsidealen. Daher ist der Anteil von Mädchen, die gefährdet sind, an einer Essstörung zu erkranken, doppelt so hoch wie unter Buben. Um hier gegenzusteuern, bedarf es vor allem einer veränderten Darstellung von Frauen in der Öffentlichkeit (z.B. in Bereichen wie Medien und Kunst).

Kinderwunsch und Reproduktion sind zentrale Faktoren für Gleichstellung: Frauen sollen selbst entscheiden können, ob, wann und wie viele Kinder sie bekommen. Dabei handelt es sich um eine Gleichstellungszielsetzung, die nicht unmittelbar messbar ist. Die im Monitor aufgenommenen Indikatoren fokussieren daher mögliche Problembereiche, wie z.B. Teenagerschwangerschaften, unsichere Verhütungsmethoden, künstliche Befruchtung und Kaiserschnitte. Die Interpretation dieser Indikatoren ist charakterisiert durch ein komplexes Zusammenspiel von Wissen, medizinischen Notwendigkeiten und Entscheidungsspielräumen für Familienplanung, das auch umfassenden Beratungsbedarf impliziert.

Das Berufsfeld Gesundheitswesen ist durch eine starke geschlechterhierarchische Segregation geprägt: Frauen sind auf spezifische Fachbereiche konzentriert (wie z.B. Allgemeinmedizin, Kinder- und Jugendheilkunde, Dermatologie), sie dominieren in Pflegeberufen und stellen rund die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte. Dennoch sind Frauen in ärztlichen Leitungsfunktionen unterrepräsentiert.

Fazit

Mit den Indikatoren des 1. Wiener Gleichstellungsmonitors wird der Status quo von Gleichstellung in unterschiedlichen Themenbereichen abgebildet. Viele der bestehenden Benachteiligungen von Frauen stehen im Zusammenhang mit Einkommen und Erwerbs- und Reproduktionsar-

beit sowie den damit verbundenen Voraussetzungen der Bildung oder zeitlichen Verfügbarkeit. Diese stehen im Fokus der aktuellen frauen- oder gleichstellungsfördernden Maßnahmen, sie wirken aber auch in andere Bereiche, wie z.B. Freizeit, hinein, die bislang weniger im Zentrum von Gleichstellungspolitik standen. Durch diesen und die künftigen Gleichstellungsmonitore wird also eine Grundlage für die Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen sowie die Neukonzeptionierung von gleichstellungsorientierten Maßnahmen bislang vernachlässigter Bereiche geschaffen.

Trotz der Fortschritte in Hinblick auf das durchgängige Ausweisen von Frauen und Männern in Datengrundlagen bestehen nach wie vor gravierende Datenlücken für die Analyse gleichstellungspolitisch relevanter Themenstellungen. Damit ist nicht nur die häufig eingeschränkte Aussagekraft für weibliche Lebensrealitäten gemeint, sondern bereits die Tatsache, dass die Kategorie Geschlecht oft nicht erfasst wird. Dies zeigt sich insbesondere bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln, die nicht nach geschlechtsspezifischen Kriterien erfasst wird. Die Weiterentwicklung des Gleichstellungsmonitors sollte daher an eine Weiterentwicklung von Datengrundlagen gekoppelt werden und in enger Abstimmung mit dem Ausbau eines umfassenden Gender Budgetings erfolgen.

Mit dem 1. Wiener Gleichstellungsmonitor wurde die Grundlage gelegt, den Status quo der Situation von Frauen und Männern in Wien und die diesbezüglichen Veränderungen im Zeitverlauf zu analysieren. Damit wird der Handlungsbedarf für die Gleichstellung von Frauen und Männern aufgezeigt und es können Ansatzpunkte zur Frauenförderung abgeleitet werden. Der erste Gleichstellungsmonitor lädt aber auch dazu ein, Gleichstellungszielsetzungen zu konkretisieren bzw. Adaptierungen aufgrund sich verändernder Kontextbedingungen vorzunehmen.

